

## Vorwort

Immigration war für das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin (JDZB) ein neues Thema, für jeden Einzelnen von uns dagegen ist es ein sehr vertrautes. Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturen ist in Deutschland und zumindest in den großen Städten auch in Japan seit vielen Jahren Alltag. Doch nicht immer geht es ohne Probleme oder Konflikte ab, täglich lesen wir von Schwierigkeiten in den Schulen, über die wachsende Gefahr von Parallelgesellschaften oder die Diskussion über die „deutsche Leitkultur“.

Viele Gruppen und Institutionen beschäftigen sich mit dem Thema, so hatte sich die Bundesregierung gerade in der Woche vor unserer Konferenz auf eine neue Regelung für die „geduldeten“ Ausländer geeinigt, Menschen, die z. T. schon zehn Jahre und länger hier leben – ohne legalen Status und ohne Erlaubnis zu arbeiten. Jeder Fünfte und jedes dritte Kind hat in Deutschland einen Migrationshintergrund, Deutschland ist mithin längst ein Einwanderungsland.

In Japan ist die Situation auf den ersten Blick anders, was vor allem daran liegt, dass es viel weniger Migranten gibt als in Deutschland, aber auch an dem anderen historischen Hintergrund, Arbeitsmigration ist in Japan noch ein relativ neues Phänomen.

Ausgangspunkt für die Konferenz waren aber nicht die Unterschiede, sondern die Gemeinsamkeiten in Bezug auf Immigration in Japan und Deutschland: die wachsende Rolle, die die Zuwanderung jeweils in der öffentlichen und politischen Debatte spielt (auch wegen der ähnlichen demografischen Entwicklung); die ökonomischen Aspekte der Zuwanderung, die man mit wirtschaftlichen Bedarfsanalysen steuern möchte; und die offizielle Zuwanderungspolitik, die vor allem nach rechtlichen Aspekten betrieben wird, in Deutschland fast ausschließlich vom Bundesinnenministerium, in Japan vom Justizministerium. In beiden Fällen stehen Sicherheitsfragen im Vordergrund und das Bemühen, Zuwanderung zu „kontrollieren“ – wenn nicht gar zu beschränken.

In Deutschland hat man lange ignoriert, dass „Gastarbeiter“ nicht wieder „nach Hause“ gehen. Viele wollen hier ihr Leben verbringen. Erst im Juli 2006 lud Bundeskanzlerin Merkel sechsundachtzig Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Sozial-, Kirchen- und Sportverbänden sowie Ausländerorganisationen zum Migrationsgipfel ein.

Es wurde vereinbart, bis Mitte 2007 ein nationales Integrationskonzept zu erarbeiten. Der Bedarf wurde richtig erkannt, nun warten wir auf das Ergebnis.

In Japan hat man in den 90er Jahren den Nachkommen japanischer Auswanderer Einreise und Aufenthalt ermöglicht – und viele sind gekommen, vor allem aus Brasilien. Welche Bildung bringen sie mit, wie integrieren sie sich in die japanische Gesellschaft, welchen Beitrag leisten sie? Welche Hilfestellung bieten Politik, Kommunen und Gesellschaft?

Erfahrungsaustausch kann uns nur nutzen – gerade auch zwischen Partnern mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund. Die Situation von Ausländern und Ausländerpolitik in Japan sind hier sicherlich kaum bekannt, vermutlich gilt das Gleiche umgekehrt. Ich denke, dass die Konferenz und ihre Dokumentation in dieser Publikation hier die Lücke verkleinern und danke den Referenten und Autoren für ihre Beiträge. Vielen Dank auch an die Friedrich-Ebert-Stiftung für ihre Zusammenarbeit zu diesem wichtigen Thema und der Japan Foundation für ihre Unterstützung.

Friederike BOSSE  
Generalsekretärin  
Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin